



## Presseschau vom 18.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### de.rt.com: **Mittelmeer als tödlicher Fluchtweg – Rettungsaktionen verpuffen im Angesicht der Realität**

Über eintausend tote Flüchtlinge im zentralen Mittelmeer alleine in diesem Jahr zeigen zweifelsfrei, dass nicht nur die illegale Migration aus Afrika nach Europa weiterhin in vollem Gange ist, sondern auch das Scheitern der direkt betroffenen EU-Staaten. ...

<https://kurz.rt.com/2mmm>

#### de.rt.com: **Taliban-Vertreter exklusiv bei RT: Wollen allgemeine Amnestie, Regierungsform ist zu verhandeln**

Mit der Waffe in der einen Hand haben die radikalislamischen Taliban Afghanistan fast ganz erobert, in der anderen tragen sie den Olivenzweig zur Schau. In einem Exklusivinterview mit RT macht ihr Vertreter ungewohnt versöhnliche Aussagen, an denen die Welt später ihre Schritte messen sollte. ...

<https://kurz.rt.com/2mmk>

#### de.rt.com: **US-Expertenbericht zu 20 Jahren Wiederaufbau in Afghanistan: Verschwendung, Betrug und Missbrauch**

Ein Expertenbericht des US-Generalinspektors für den Wiederaufbau in Afghanistan zeichnet ein düsteres Bild des US-Einsatzes. Die 20-jährige Präsenz sei wie im Irak von

Unkenntnis der vorherrschenden Gegebenheiten geprägt gewesen. Die USA hätten schon wieder ein Land in einen Sumpf verwandelt. ...

<https://kurz.rt.com/2mn8>

### **Kani Tuyala: Afghanistan: Die vollständige Niederlage gegen die selbst gerufenen Geister ist perfekt**

Die Ereignisse in Afghanistan überschlugen sich, nachdem die Taliban das Land scheinbar mühelos überrennen konnten. Dabei schufen die USA und ihre Verbündeten selbst erst im Kampf gegen die Sowjetunion die "islamistische Gefahr", die sie später am Hindukusch zu bekämpfen vorgaben. ...

<https://kurz.rt.com/2mjv>

### **abends/nachts:**

### **snanews.de: Afghanischer Präsident auf der Flucht: Amrullah Saleh erklärt sich zum provisorischen Staatschef**

Der afghanische Erste Vizepräsident Amrullah Saleh hat sich in Abwesenheit des Präsidenten zum Interimspräsidenten des Landes erklärt.

„Gemäß der Verfassung Afghanistans wird der Erste Vizepräsident im Falle der Abwesenheit, der Flucht, des Rücktritts oder des Todes des Präsidenten zum Interimspräsidenten. Zurzeit halte ich mich in meinem Land auf und bin legitimer Geschäftsführender Präsident. Ich setze mich mit allen führenden Politikern in Verbindung, um mir ihre Unterstützung und Zustimmung zu holen“, schrieb Saleh auf seiner Twitterseite.

In einer weiteren Twitter-Botschaft rief er die Mitbürger auf, den Taliban zu widerstehen. Im Gegensatz zu den USA und der Nato „haben wir unseren Mut nicht verloren und sehen große Chancen für die Zukunft“. Schluss mit nutzlosen Warnungen, so Saleh. Er rief die Bevölkerung auf, sich dem Widerstand anzuschließen.

Einige Wochen zuvor hat sich die Situation in der Republik angesichts des US-Truppenabzugs drastisch verschärft: Die Taliban leiteten eine Offensive gegen größere Städte ein. Am Sonntag haben sie Kabul vollständig unter ihre Kontrolle gebracht und die Macht im Land ergriffen. Der ehemalige Staatspräsident Ashraf Ghani ist geflüchtet.

Der amtliche Sprecher des politischen Büros der Taliban, Mohammad Naim, erklärte, dass der 20-jährige Krieg zu Ende sei und die neue Regierungsform in nächster Zeit geklärt werden solle.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/11/3259749\\_0:147:3119:1901\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_3fa4e30b62b2d7dbf4a3d244c9f38693.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/11/3259749_0:147:3119:1901_1920x0_80_0_0_3fa4e30b62b2d7dbf4a3d244c9f38693.jpg)

## de.rt.com: **China und USA tauschen sich zu Afghanistan aus**

Die Außenminister Chinas und der USA haben am Montag die aktuelle Situation in Afghanistan besprochen, wo die Taliban zuvor die Macht übernommen hatten. China ermutigt Afghanistan, ein inklusives politisches System zu schaffen.

Der chinesische Außenminister Wang Yi hat sich am Montag telefonisch mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Antony Blinken über die Lage in Afghanistan ausgetauscht, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete.

Blinken forderte, dass die Taliban einen klaren Bruch mit dem Extremismus ankündigen, sich für eine geordnete Machtübergabe entscheiden und eine inklusive Regierung einsetzen. Er äußerte die Hoffnung, dass China dabei eine wichtige Rolle spielen wird.

Die Vereinigten Staaten würden anerkennen, dass die Zukunft Afghanistans vom afghanischen Volk entschieden werden sollte, sagte Blinken. Er rief die Taliban auf, die Sicherheit aller zu gewährleisten, die das Land verlassen wollen.

Die Vereinigten Staaten, so Blinken, bekräftigen ihre Ablehnung jeglicher Form von Terrorismus und ihr Versprechen, nicht zu versuchen, Unruhen in Chinas westlichen Grenzgebieten zu schüren.

Die sich entwickelnde Situation in Afghanistan zeige einmal mehr, wie wichtig eine konstruktive und pragmatische Zusammenarbeit zwischen den USA und China im Bereich der regionalen Sicherheit sei, sagte er.

Wang erklärte, die Tatsachen hätten einmal mehr bewiesen, dass das mechanische Kopieren eines importierten ausländischen Modells nicht ohne Weiteres auf ein Land mit einer völlig anderen Geschichte, Kultur und nationalen Bedingungen übertragen werden könne und sich letztlich kaum durchsetzen werde.

Ohne die Unterstützung des Volkes könne eine Regierung nicht bestehen, und der Einsatz von Macht und militärischen Mitteln zur Lösung von Problemen verursache nur noch mehr Probleme, sagte Wang und fügte hinzu, dass die diesbezüglichen Lehren ernsthaft überdacht werden sollten.

Wang sagte, China sei bereit, mit den Vereinigten Staaten zu kommunizieren, um eine sanfte Landung in der afghanischen Frage zu ermöglichen und zu verhindern, dass ein neuer Bürgerkrieg oder eine humanitäre Katastrophe in Afghanistan entsteht. Auch müsse verhindert werden, dass das Land wieder zu einer Brutstätte und einem Zufluchtsort für den Terrorismus wird.

China ermutige Afghanistan, einen offenen und inklusiven politischen Rahmen in Übereinstimmung mit seiner eigenen nationalen Situation zu schaffen, fügte Wang hinzu.

Die Vereinigten Staaten müssten laut Wang eine konstruktive Rolle dabei spielen, Afghanistan bei der Aufrechterhaltung der Stabilität, der Verhinderung von Turbulenzen und der Verwirklichung von Frieden und Wiederaufbau zu unterstützen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611b8ccb48fbef4a0604d20a.jpeg>

## de.rt.com: Lawrow zu Afghanistan: Es ist kontraproduktiv, Werte "von außen" aufzuzwingen

Der russische Außenminister macht die USA für die Situation in Afghanistan verantwortlich und kritisiert ihr Vorgehen, Regierungsformen und Werte "von außen" aufzuzwingen. Moskau habe Lawrow zufolge nicht vor, die Taliban einseitig als die legitime Regierung anzuerkennen.

Während seines Auftritts in der Immanuel-Kant-Universität in Kaliningrad hat sich der russische Außenminister Sergei Lawrow zur aktuellen Situation in Kabul geäußert und die Ereignisse nach dem Abzug der US- und NATO-Truppen aus Afghanistan einen "Absturz" genannt. Der Minister übte scharfe Kritik an den Aktivitäten der USA in diesem asiatischen Staat:

"Es ist kontraproduktiv, Afghanistan fremde Regierungsformen von außen aufzuzwingen. Die USA haben versucht, dort etwas zu schaffen, was sie eine Demokratie nennen."

Der russische Top-Diplomat warf Washington vor, keine Rücksicht auf Traditionen anderer Nationen zu nehmen und westliche Werte gewaltsam aufzuzwingen:

"Sich in dieser Situation so zu verhalten, als ob es möglich wäre, das afghanische Volk dazu zu zwingen, nach den Prinzipien zu leben, nach denen der Westen lebt, ist naiv. Dies ist wieder ein Versuch, dem Rest der Welt die eigenen Werte aufzuzwingen. Dabei werden die Traditionen völlig ignoriert, nach denen andere Länder seit Jahrhunderten leben."

In Bezug auf die Politik Russlands gegenüber den Taliban sagte Lawrow, Moskau habe einstweilen keinerlei Schritte in Richtung einer einseitigen Anerkennung der Organisation als die legitime Regierung Afghanistans geplant. Russland trete für die Aufnahme eines Dialogs zur friedlichen Konfliktlösung in Afghanistan ein, an dem alle ethnischen und religiösen Gruppen teilnehmen könnten. Dem Minister zufolge begrüße Moskau die Erklärungen der Taliban bezüglich der Bildung einer Regierung, bei der auch andere Gruppen vertreten sein würden.

Angesichts des NATO-Truppenabzugs war die Lage in Afghanistan eskaliert. Die in Deutschland als terroristische Organisation eingestuftes Taliban besetzten einen Großteil der Territorien des Landes und marschierten am Sonntag in die Hauptstadt Kabul ein. Der gestürzte Präsident Aschraf Ghani floh aus dem Land. Der Taliban-Sprecher Mohammad Naim erklärte, der Krieg, der 20 Jahre andauert habe, sei vorbei.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611bc5b048fbef49ec7a60bf.jpg>

**vormittags:**

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 16. August 2021 wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der

Ukraine festgestellt.

Beschossen wurden **Shelobok** und **Solotoje-5** unter Einsatz von Granatwerfern und Schusswaffen, insgesamt wurden **4 Geschosse** abgefeuert..

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

### snanews.de: **Treffen nächste Woche: Biden und Johnson vereinbaren virtuellen G7-Gipfel zu Afghanistan**

Der US-amerikanische Präsident Joe Biden und der britische Premierminister Boris Johnson haben sich darauf geeinigt, einen virtuellen G7-Gipfel abzuhalten, um ein gemeinsames Vorgehen in Bezug auf die Situation in Afghanistan zu erörtern.

„Sie einigten sich darauf, nächste Woche ein virtuelles Treffen der G7-Staats- und Regierungschefs abzuhalten, um eine gemeinsame Strategie und Vorgehensweise zu erörtern“, heißt es in der Mitteilung des Weißen Hauses. Beim einem Telefonat am Dienstag besprachen die beiden Staatschefs die Entwicklungen in Afghanistan, so die Pressestelle. Dabei wurde die Notwendigkeit einer weiteren engen Koordinierung der Politik gegenüber Afghanistan betont. Es ging auch um humanitäre Hilfe und Unterstützung für Flüchtlinge und andere gefährdete Afghanen.

### **Die Situation in Afghanistan**

Nach der kampflosen Übergabe mehrerer Provinzhauptstädte hatten die militant-islamistischen Taliban am Sonntag die afghanische Hauptstadt Kabul eingenommen. Laut lokalen Medienberichten floh der Staatschef Ashraf Ghani nach Tadschikistan, in seiner Abwesenheit erklärte sich der Erste Vizepräsident Amrullah Saleh zum Interimspräsidenten des Landes.

Die USA, Deutschland und andere westliche Staaten arbeiten derzeit daran, ihre Staatsbürger und afghanische Mitarbeiter aus Kabul auszufliegen. Videos von Hunderten Verzweifelten am Flughafen von Kabul, die neben einem davonrollenden Flugzeug der US-Air Force liefen und versuchten, sich daran festzuklammern, machten am Montag die Runde. Laut AP sind mindestens sieben Menschen im Chaos am Flughafen ums Leben gekommen.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/12/3262739\\_0:160:3072:1888\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_15ba8a9d02eb39007e9174e903d242d7.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/12/3262739_0:160:3072:1888_1920x0_80_0_0_15ba8a9d02eb39007e9174e903d242d7.jpg)

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 17. August 3:00 Uhr bis 18. August 3:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination vier Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.



Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

*Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).*

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft: **Bajrak, Wesjoloje, Leninskoje.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 76.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden fünf Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Brüssel: Taliban haben den Krieg gewonnen – nun muss ein Dialog mit ihnen her**

Afghanistan ist jetzt unter der Kontrolle der Taliban – der Krieg ist zu Ende. Der Hohe Vertreter der EU Josep Borrell hat dazu aufgerufen, die Fehler der EU einzugestehen und mit der islamistischen Miliz zusammenzuarbeiten.

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat erklärt, dass es viele Lehren aus Afghanistan und der Machtübernahme durch die Taliban zu ziehen gilt. Da die militante Gruppe den Krieg gewonnen hat, müsse die EU nun mit ihr zusammenarbeiten.

Jegliche Zusammenarbeit Brüssels mit der neuen Führung in Afghanistan "wird von einer friedlichen und inklusiven Lösung und der Achtung der Grundrechte aller Afghanen, einschließlich der Frauen, der Jugend und der Angehörigen von Minderheiten, abhängig gemacht". Außerdem müssen andere Verpflichtungen, wie die Bekämpfung der Korruption und die Verhinderung der Nutzung afghanischen Territoriums durch Terroristen, eingehalten werden, so Borrell in einer Online-Presskonferenz vor Journalisten.

Die EU werde dem afghanischen Volk weiterhin Hilfe leisten, fügte er hinzu und forderte die Taliban auf, das humanitäre Völkerrecht zu achten.

Nach dem vollständigen Zusammenbruch der von den USA unterstützten afghanischen Regierung, die seit 2001 als offizielle Regierung agierte, hat die Miliz nun die volle Kontrolle über Afghanistan. Der Hohe Vertreter der EU-Außenpolitik erkannte die politische Realität vor Ort an und erklärte:

"Die Taliban haben den Krieg gewonnen, also müssen wir mit ihnen reden."

"Wir müssen mit den Behörden in Kabul in Kontakt treten, egal, wer sie sind, um so schnell wie möglich einen Dialog aufzunehmen, damit eine humanitäre Katastrophe und eine mögliche Migrationskrise verhindert werden."

"Diese neue Realität tritt 20 Jahre nach dem Beginn der militärischen Operation ein, die von den USA mit Unterstützung der NATO im Oktober 2001 eingeleitet wurde."

Borrell wies darauf hin, dass sich das ursprüngliche militärische und politische Ziel – die Zerschlagung der Terrorgruppe Al-Qaida – "auf den Aufbau eines modernen Staates in Afghanistan verlagert" habe. Er stellte fest:

"Der erste Teil der Mission war erfolgreich, der zweite nicht."

Borrells Äußerungen erfolgten nach einem Treffen der EU-Außenminister und deren Beratungen mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und US-Außenminister Antony Blinken.

Der rasche Zusammenbruch der afghanischen Armee, in deren Ausbildung der Westen viel Geld und Mühe investiert hat, kam für alle überraschend, bedauerte der EU-Außenpolitikchef

und stellte fest:

"Ich glaube, dass sogar die Taliban von ihrem Sieg überrascht waren."

"Wir müssen anerkennen, dass wir Fehler gemacht haben, vor allem bei der Einschätzung der militärischen Fähigkeit der afghanischen Armee, der Taliban-Offensive zu widerstehen."

Borrell wies darauf hin, dass es nun an der Zeit sei, in die Zukunft zu blicken und auf das Ziel hinzuwirken, das EU-Personal und seine afghanischen Verbündeten aus dem Land zu evakuieren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611caca48fbef4e134838e9.JPG>

Lug-info.com: In der LVR sind am 18. August um 9:00 Uhr 7915 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 6303 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 735 Todesfälle.

snanews.de: **„China lacht uns aus“: Trump nennt Afghanistan-Abzug die „größte Blamage in der US-Geschichte“**

In einem Interview für den Sender Fox News am Dienstag hat der Ex-Präsident der Vereinigten Staaten, Donald Trump, die Umstände des US-Truppenabzugs aus Afghanistan scharf kritisiert.

„Es geht nicht um das Konzept des Rückzugs“, verteidigte Trump seinen Deal mit den Taliban im politischen Talk-Show „Hannity“. Es sei die Art und Weise, wie sich die US-Truppen zurückgezogen hätten, so der Republikaner. Nach seinen Worten war dem politische Führer der Taliban, Mullah Abdul Ghani Baradar, bei den Verhandlungen klagemacht worden, er müsste mit Konsequenzen rechnen, sollte man sich nicht an die Bedingungen der Vereinbarung halten. Anders als Biden hätte Trump eine „sichere und rasche Operation“ durchgeführt.

„Wenn China das sieht, sind sie so glücklich und lachen uns aus (...). Das ist die größte Blamage in der Geschichte unseres Landes“, betonte Trump.

Diese Blamage werde auch auf die US-Außenbeziehungen in den kommenden Jahrzehnten Auswirkungen haben. Laut Trump ist es eine „schreckliche Zeit für unser Land“ und die „demütigendste Periode“, die er je erlebt habe. Die US-Mission in Afghanistan habe sich generell als Treibsand entpuppt. „Ich weiß, dass die Familie Bush nicht glücklich sein wird, aber ich glaube, es war die schlechteste Entscheidung in der Geschichte unseres Landes, als wir beschlossen, in den Nahen Osten zu gehen. (...) Wir haben den Nahen Osten zerstört“, sagte Trump im Interview.

„Glauben Sie, dass es heute besser ist als vor 20, 21 Jahren? Es ist viel schlimmer. Es war eine furchtbare Entscheidung, die uns Billionen Dollar gekostet hat.“

Der ehemalige US-Präsident verglich die jährlichen Staatsausgaben für den Einsatz in Afghanistan mit dem russischen Militärhaushalt. „Wir haben 42 Milliarden Dollar pro Jahr ausgegeben. Stellen Sie sich das vor, 42 Milliarden. Soweit ich weiß, gibt Russland 50 Milliarden Dollar pro Jahr für sein gesamtes Militär aus, wir geben 42 Milliarden Dollar aus“, meinte Trump bei „Hannity“. „Und wir bekommen nichts“, stellte er fest.

Trump sagte zudem, die Afghanen gehörten zu den bestbezahlten Soldaten der Welt, und unterstellte ihnen Bestechlichkeit. Er argumentierte, afghanische Soldaten kümmerten sich nur um ihren Sold, „denn sobald wir aufhörten, sobald wir weg waren, hörten sie auf zu kämpfen“. „Tatsache ist, dass unser Land den afghanischen Soldaten ein Vermögen gezahlt hat, so dass wir sie gewissermaßen bestochen haben, damit sie kämpfen“, so Trump weiter.

### **Blamage beim Truppenabzug – wer ist nun schuld?**

Mitte April hatte US-Präsident Joe Biden seine Entscheidung verkündet, die US-Militärpräsenz in Afghanistan zu beenden. Als der Abzug fast abgeschlossen war, drängten Taliban-Kämpfer in Kabul ein und übernahmen am Sonntag die Macht im Land.

Die Machtübernahme durch die Taliban kam für viele überraschend, denn Präsident Biden hatten vor den Medien die Kompetenz und Stärke der afghanischen Streitkräfte versichert. Die US-Geheimdienste hatten den raschen Fall Afghanistans an die Islamisten jedoch vorausgesagt.

Ein Vertreter der Biden-Administration machte den ehemaligen Präsidenten Trump für das gegenwärtige Chaos in Kabul verantwortlich. Laut dem Sicherheitsberater Bidens war beim Einzug ins Weiße Haus kein ausgearbeiteter Plan für den Abzug des amerikanischen Personals aus Afghanistan vorhanden.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/12/3264798\\_0:0:3073:1728\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_7c41b2d080b61edf7473e9c4cda326c2.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/12/3264798_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_7c41b2d080b61edf7473e9c4cda326c2.jpg)

Mzdnr.ru: Am 17. August wurden in der DVR 814 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 294 positiv, bei 47 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 18. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 52.810 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5452 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 43.485 als gesund entlassen, es gibt 3873 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 188 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, zwei weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 116 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2159 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 869 mit Sauerstoffunterstützung (+71 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2247 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-



Erkrankung durchgemacht hatten.

### de.rt.com: "**Barbarisch, aber vorhersehbar**": Sacharowa zur Ablehnung der Lizenzvergabe an RT durch Luxemburg

Die luxemburgische Medienregulierung hat den Antrag von RT / ANO TV-Novosti auf eine Sendelizenz zur Einrichtung eines deutschsprachigen Fernsehkanals abgelehnt. Daran lasse sich der unverhohlene Druck Berlins auf die Behörden in Luxemburg erkennen, so das russische Außenministerium.

Am vergangenen Freitag wurde RT die Entscheidung luxemburgischer Behörden mitgeteilt, laut der dem Medium die Veranstaltung von Satellitenübertragung in deutscher Sprache in Europa verweigert wurde. Dabei verwies die Medienregulierung auf gewisse "technische Kriterien", die RT angeblich nicht eingehalten habe.

Der Beschluss sei präzedenzlos und zeuge vom anhaltenden Druck auf das Büro des deutschen RT-Ablegers, was Anlass zu ernster Sorge über den Zustand der Medienfreiheit in der Europäischen Union gäbe, kommentierte die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa via Telegram. Sie schrieb:

"Dies ist ein barbarisches, aber vorhersehbares Ergebnis des unverhohlenen Drucks der Behörden des benachbarten Deutschlands auf die luxemburgische Seite, was durch zahlreiche Erklärungen deutscher Amtspersonen bezeugt wird."

Die Ablehnung erfolgte, obwohl der erforderliche Antrag in voller Übereinstimmung mit den nationalen und EU-weiten Rechtsvorschriften gestellt wurde, führte Sacharowa ferner aus. Dabei habe sich RT bzw. ANO TV-Novosti an dieselben Richtlinien wie auch andere Medienunternehmen gehalten, darunter auch jene außerhalb der Europäischen Union, die zuvor bereits von den einheimischen Regulierungsbehörden zertifiziert worden waren. Darüber hinaus verweigerte die Medienaufsichtsbehörde RT die Möglichkeit, die Situation beizulegen und die vermeintlichen Unstimmigkeiten zu beseitigen, ohne diese überhaupt zu präzisieren.

Die Prüfung des Antrags sei mitten in einer unerbittlichen Hetzkampagne in Deutschland gegen RT und eine Reihe anderer russischer Staatssender vollzogen worden, so die Sprecherin des russischen Außenministeriums. Diese sei von verleumderischen Anschuldigungen, Sperrungen von Bankkonten und der Schaffung einer allgemeinen "Atmosphäre der Medienpsychose" in Bezug auf die Präsenz russischer Akteure im deutschen und EU-Informationsraum begleitet worden.

Sacharowa fasste zusammen:

"Die getroffene Entscheidung ist ein inakzeptabler Angriff auf Meinungsfreiheit und Freiheit im Allgemeinen, der unter Verletzung der internationalen Verpflichtungen Luxemburgs in diesem Bereich erfolgt."

In diesem Zusammenhang rief sie die zuständigen internationalen Organisationen auf, auf das "destruktive Vorgehen" Berlins zu reagieren, das "das wahre Ausmaß seines Engagements für die hohen Ideale des Schutzes der Journalistenrechte und des Meinungspluralismus deutlich macht".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611c1833b480cc2b1c7a7d63.jpg>

**nachmittags:**

snanews.de: **„Sputnik Light“ zeigt in Paraguay Wirksamkeit von 93,5 Prozent**

Der russische Einzeldosis-Corona-Impfstoff „Sputnik Light“ hat während der Vakzinierung der Bevölkerung in Paraguay eine Sicherheit und Wirksamkeit von 93,5 Prozent gezeigt. Das teilte am Mittwoch der Russische Direktinvestitionsfonds (RDIF) mit.

Die Effektivitätsberechnung erfolgte laut der Pressemitteilung auf der Basis der Analyse der Daten von 320.000 Menschen, die nach dem Stand vom 30. Juli 2021 mit dem Vakzin „Sputnik Light“ geimpft wurden.

Die Statistik des „Sputnik Light“-Einsatzes in Paraguay zeigt ein hohes Sicherheitsniveau des russischen Impfstoffs: Laut dem RDIF wurden keine ernsthaften, mit der Vakzinierung verbundenen Nebenwirkungen, Todesfälle sowie Fälle von zerebraler Venenthrombose, Guillain-Barré-Syndrom, Syndrom der erhöhten Kapillarpermeabilität, Myokarditis- und Perikarditisfälle registriert.

„Die Nutzung des Einzeldosis-Vakzins ‚Sputnik Light‘ ermöglicht es den Behörden Paraguays, die Fristen der Immunisierung der Bevölkerung zu reduzieren und den Herdenschutz zu beschleunigen. Die Angaben des paraguayischen Gesundheitsministeriums sowie einer Reihe anderer Länder in aller Welt bestätigen, dass ‚Sputnik Light‘ über hohe Kennwerte der Sicherheit verfügt und eine höhere Wirksamkeit zeigt als viele Zweidosis-Impfstoffe“, so der RDIF-Chef Kirill Dmitriev.

„Sputnik Light“ ist die erste Komponente des weltweit ersten Corona-Impfstoffs „Sputnik V“, der auf einer adenoviralen Plattform basiert. Bei der ersten Spritze wird das nötige Gen mithilfe des Adenovirus Typ 26 in die menschlichen Zellen geliefert.

Das Vakzin kann unabhängig, in Kombination mit anderen Impfstoffen sowohl als erste als auch als zweite Injektion oder bei Auffrischimpfungen verwendet werden.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/1d/1488155\\_0:113:531:412\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_82247a9288bfc2e9cb867ab5ef189e4b.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/1d/1488155_0:113:531:412_1920x0_80_0_0_82247a9288bfc2e9cb867ab5ef189e4b.jpg)

dan-news.info: Neue Fenster wurden in der Kindertagesstätte Nr. 353 im Leninskij-Bezirk von Donezk eingebaut, außerdem finden aktiv Wiederaufbauarbeiten in Vorschuleinrichtungen des Kujbyschewskij-Bezirks der Hauptstadt und im Dorf Luganskoje statt, teilte heute der Bürgermeister von Donezk Alexej Kulemsin mit. Er merkte an, dass außer der Installation neuer Fensterblöcke in der Kindertagesstätte Nr. 353 die Innen- und Außenverkleidung sowie Türen erneuert werden. Die Reparatur der Fußbodenheizungen wird gerade abgeschlossen. Außerdem laufen im Kujbyschewskij-Bezirk Arbeiten zur Reparatur der Fassade und des Innenputzes am Gebäude des Kindergarten Nr. 56, die Reparatur der Fassade im Zentrum für Kinder- und Jugendkreativität geht weiter, wo bereits die Heizung und die Stromversorgung repariert wurden. Nach den Worten des Bürgermeisters, sollen in der Kindertagesstätte Nr. 41 im Dorf Luganskoje praktische alle technischen Systeme repariert werden. In nächster Zeit werden hier Arbeiten zur Erneuerung der Heizung und zur Reparatur der Stromversorgung beginnen. Außerdem wurde dort bereits das Dach saniert und das Heizwerk und die interne Heizungsanlage demontiert.

#### de.rt.com: **Türkische Kampfflugzeuge bombardieren kurdische Gruppe im Irak**

Das türkische Militär hat verschiedenen Berichten zufolge mehrere Angriffe auf Stellungen der militanten kurdischen Gruppe PKK sowie ihrer Schwesterorganisationen durchgeführt. Es soll mehrere Todesopfer geben.

Mindestens 18 Kämpfer der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), einer militanten Kurdengruppe in der Türkei, sind am Dienstag bei einem Drohnenangriff in der Nähe der nordirakischen Stadt Sindschar getötet worden, wie eine Quelle der Sicherheitskräfte der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak gegenüber der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua erklärte.

Der Luftangriff fand am Nachmittag statt. Eine türkische Drohne bombardierte ein von PKK-Mitgliedern als Krankenhaus genutztes Schulgebäude in einem Dorf nahe der Stadt Sindschar, etwa 100 Kilometer westlich der Provinzhauptstadt Mossul, so Luqman Gally, Kommandeur der kurdischen Peschmerga-Sicherheitskräfte in dem Gebiet.

Bei dem Angriff seien 18 PKK-Mitglieder getötet worden, darunter auch ein ranghoher örtlicher Anführer, so Gally. Er betonte, dass sich noch weitere Leichen unter den Trümmern des zerstörten Gebäudes befänden.

Die PKK-nahe Nachrichtenagentur ANF berichtete hingegen von acht Toten und vier

Verletzten. Der selbsternannte "Demokratisch Autonome Rat Schengals" verurteilte den Angriff. Die Feinde des Jesidentums hätten den August in einen Monat des Genozids verwandelt. Der Rat warf der irakischen Regierung, dem türkischen Staat sowie der irakisch-kurdischen Demokratischen Partei Kurdistans, die die tonangebende Partei im irakischen Teil Kurdistans ist, vor, einen Genozid an den Jesiden zu planen.

Bereits am vorigen Tag kam es zu einem Luftangriff der türkischen Armee. Ein Flugzeug bombardierte am Montag ein Fahrzeug im Zentrum von Sindschar. Dabei wurden Saeed Hassan Saeed, eine führende Persönlichkeit der jesidischen Sindschar-Schutzeinheiten (YBŞ), die auch als Schengal (Sindschar)-Widerstandseinheiten bekannt sind, und zwei seiner Helfer getötet. Zwei von Saeeds Söhnen seien am Tatort verwundet worden, wie Gally am Montag erklärte. Der Angriff ereignete sich kurz vor dem Eintreffen einer hochrangigen Delegation der irakischen Zentralregierung unter Führung des irakischen Ministerpräsidenten Mustafa Al-Kadhimi.

Die YBŞ ist eine jesidische Miliz, die 2007 im Irak gegründet wurde, um die jesidische Gemeinschaft im Land zu schützen. Die Gruppe hat enge Verbindungen zur von mehreren Staaten – darunter Deutschland und die Türkei – als terroristisch eingestuften PKK. Türkische Streitkräfte führen häufig Bodenoperationen, Luftangriffe und Artilleriebeschuss gegen PKK-Stellungen im Nordirak durch, insbesondere im Kandil-Gebirge, dem Hauptstützpunkt der PKK.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611cf0b0b480cc16651f7006.jpeg>

#### de.rt.com: **Taliban eröffnen Feuer auf Demonstranten – Zwei Tote**

Taliban-Mitglieder haben das Feuer auf die Teilnehmer einer Demonstration zur Unterstützung der Zentralregierung und der nationalen Embleme in der Provinz Nangarhar eröffnet. Nach Medienangaben sind zwei Menschen ums Leben gekommen, zwölf Demonstranten wurden verletzt.

Auf einer Demonstration in der Hauptstadt der Provinz Nangarhar, haben Taliban-Mitglieder das Feuer auf die Protestierenden eröffnet. Durch Schüsse wurden zwölf Demonstranten verletzt, zwei Menschen sollen nach Angaben der örtlichen Gesundheitsbehörden ums Leben gekommen sein.

Die Demonstranten marschierten mit den Nationalfarben Afghanistans durch die Straßen. Einige rissen die weißen Taliban-Flaggen herunter und ersetzten diese durch die afghanischen Nationalflaggen.

Nach Angaben der afghanischen Nachrichtenagentur Pajhwok Afghan News griffen einige Taliban-Mitglieder auch Journalisten an und verprügelten diese.

Angesichts des Truppenabzugs der USA und der NATO aus Afghanistan war die Lage eskaliert und die Taliban-Kämpfer besetzten einen Großteil des Territoriums des Landes. Am Sonntag marschierten die Taliban in die Hauptstadt Kabul ein und erklärten das Ende des

Krieges. Gegenüber den internationalen Medien kündigten sie an, sie wollten angeblich eine "inklusive" Regierung mit Einbeziehung von Frauen bilden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/611cfd0b480cc41cb419b54.jpg>

Denis-pushilin.ru: Sobald die derzeitige ukrainische Regierung keine amerikanische Unterstützung mehr hat oder diese erheblich geschwächt ist, wird das Kiewer Regime dem Untergang geweiht sein, und dann wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht einmal mehr einen Russischen Frühling, sondern einen Russischen Sommer geben, meint das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik, Denis Puschilin.

Das sagte er in einem Interview mit Ukraina.ru.

- Denis Wladimirowitsch, in den sozialen Netzwerken vergleichen viele ukrainische Bürger die Situation mit der Flucht der Amerikaner aus Afghanistan und die anschließende Flucht der pro-amerikanischen afghanischen Regierung mit der Ukraine. Viele ukrainische Patrioten befürchten, dass in der Ukraine im Falle einer Weigerung der USA, das Kiewer Regime zu unterstützen, ein Krieg aller gegen alle beginnen wird, der zum Zerfall des Landes führen könnte. Was würden Sie dazu sagen?

- Natürlich gibt es eine Analogie. Das derzeitige ukrainische Regime wird, genau wie das vorherige, ausschließlich durch die politische und finanzielle Unterstützung der USA aufrechterhalten. Ohne die Amerikaner hätte es 2014 keinen Staatsstreich gegeben, keinen Krieg im Donbass, kein Wüten von Nationalisten, keine Unterdrückung der russischsprachigen Bevölkerung und kein "Anti-Russland-Projekt".

In der Ukraine wird die Opposition brutal unterdrückt, die politische Unterdrückung hält unvermindert an, politische Gefangene sitzen weiterhin im Gefängnis, unliebsame Medien werden geschlossen und Tausende von Bürgern haben in den letzten Jahren das Land aus politischen Gründen verlassen.

- Nicht zu vergessen die Niederschlagung des russischen Frühlings in fast ganz Noworossija.

- Ja, natürlich. Aber Unterdrückung bedeutet nicht, dass Millionen von Bürgern, die mit dem Staatsstreich und der Politik Kiews nicht einverstanden sind, ihre politischen Präferenzen geändert haben. Sobald die amerikanische Unterstützung ausbleibt oder erheblich geschwächt wird, ist das Kiewer Regime dem Untergang geweiht, und dann besteht die große Wahrscheinlichkeit, dass es nicht einmal zu einem russischen Frühling, sondern zu einem russischen Sommer kommt.

- Die Afghanen nahmen die pro-amerikanische Marionettenregierung zweifellos als Besatzungsregierung wahr...

- Für das gesamte Gebiet von Odessa bis Charkow und den Teil des Donbass, der von der Ukraine kontrolliert wird, ist das Selenskij-Regime ein Besatzungsregime. Die Politiker in Kiew handeln nicht im Interesse der Ukraine und ihrer Bürger, die auf den bei den Wahlen



versprochenen Frieden hofften, sondern im Interesse des Westens.

Auch die Oligarchen dürfen nicht vergessen werden. Wäre die amerikanische Botschaft in Kiew nicht gewesen, hätten sie schon längst Krieg gegen die offiziellen Kiewer Behörden geführt. Erinnern Sie sich daran, wie die Amerikaner Kolomoiskij 2015 vorgeladen haben und ihn mit der Androhung von Sanktionen zwangen, seinen Kampf gegen Poroschenko aufzugeben.

Ein neues Beispiel. Vor kurzem haben die Amerikaner Awakow aufgefordert, als Innenminister zurückzutreten, woraufhin er freiwillig mit seiner Schirmmütze ins Exil nach Italien ging. Aber stellen Sie sich vor, dass es keine Amerikaner gäbe, hätte dann Kolomojskij vom Kampf gegen Poroschenko Abstand genommen und wäre Awakow zurückgetreten? Natürlich nicht.

Das derzeitige Kiewer Regime wird also stürzen, sobald die Amerikaner ihre Unterstützung zurückziehen. In der Ukraine wird alles zusammenbrechen, so wie es in Afghanistan zusammengebrochen ist.

**snanews.de: China will sein Antisanktionsgesetz auf Hongkong und Macao ausweiten**

Laut der „South China Morning Post“ berät die chinesische Regierung diese Woche darüber, wie das Antisanktionsgesetz des chinesischen Festlandes in zwei chinesische Sonderverwaltungsregionen implementiert werden soll. Die entsprechende Ankündigung soll am Freitag folgen.

Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (NVK), der ab Dienstag zu einer viertägigen Sitzung in der Hauptstadt zusammentritt, wird voraussichtlich eine Resolution verabschieden, um das Antisanktionsgesetz in die Grundgesetze von Hongkong und Macao zu übernehmen. Darüber informierte am Dienstag Tam Yiu-chung, der einzige Delegierte von Hongkong beim NVK. Er fügte hinzu, das Gesetz solle über die lokale Gesetzgebung eingeführt werden, damit die Stadtregierung Einzelheiten regeln könnte.

Chinas Antisanktionsgesetz kam im Juni als Reaktion auf die Sanktionen der USA und Europas zustande, die wegen Pekings Umgangs mit Hongkong und der muslimischen Minderheit der Uiguren in der autonomen Region Xinjiang ausgelöst worden waren. Unter dem neuen Gesetz können denjenigen, die Sanktionen gegen chinesische Unternehmen oder Beamte verhängen oder einhalten, eine Visumverweigerung, Abschiebung oder Vermögensbeschlagnahme drohen. Ausländische Firmen können vor chinesischen Gerichten wegen der Anwendung von Sanktionen verklagt werden, und das Gesetz kann auch gegen Familienmitglieder wirksam werden.

Nun, wo das Gesetz auch auf Hongkong ausgeweitet wird, entsteht die Frage über das Ausmaß seiner Auswirkungen auf das lokale Business. Laut Professor Julian Ku, Experte für internationales Recht an der Hofstra University in New York, könne das Gesetz Unternehmen in der Hafenstadt in eine unmögliche Lage bringen.

„Es ist durchaus möglich, dass ein Unternehmen zwischen der Einhaltung der US-Sanktionen und dem chinesischen Antisanktionsgesetz wählen muss, das die Einhaltung [für Amerikaner] illegal macht“, sagte der Experte gegenüber der Zeitung.

Diese Sorgen werden jedoch nicht von allen geteilt. Nick Turner, Anwalt bei Steptoe & Johnson in Hongkong, der sich auf Wirtschaftssanktionen, internationale Regulierung und Compliance spezialisiert, rechnet damit, dass nur wenige Firmen mit diesem Dilemma konfrontiert sein würden, weil ähnliche Gesetze beispielsweise bereits in der EU gelten.

„Tatsache ist, dass die meisten Unternehmen nicht mit Sanktionen in Berührung kommen und die Zahl der sanktionierten Personen auf dem Markt relativ gering ist“, so Turner.

„Für die Unternehmen, die sich einem Konflikt gegenübersehen, gibt es oft Möglichkeiten, das Problem auf eine Weise zu lösen, die die einschlägigen Gesetze und Interessengruppen respektiert“, wird der Anwalt von der Zeitung zitiert.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/12/3270542\\_0:0:1920:1080\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_44be268be071daca68dce64c1b127d50.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/12/3270542_0:0:1920:1080_1920x0_80_0_0_44be268be071daca68dce64c1b127d50.jpg)

### snanews.de: **Migration über Belarus: Polens Armee verstärkt Grenzschutz**

Wegen vieler illegal einreisender Migranten setzt Polen an seiner Grenze zu Belarus die Armee ein. Mehr als 900 Soldaten würden den polnischen Grenzschutz verstärken, schrieb Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak am Mittwoch auf Twitter.

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hatte Ende Mai angekündigt, dass Minsk Migranten nicht mehr an der Weiterreise in die EU hindern werde – als Reaktion auf verschärfte westliche Sanktionen gegen die isolierte Ex-Sowjetrepublik. Seitdem hatte vor allem Litauen mit einem verstärkten Andrang von Migranten aus dem Nahen Osten über die Grenze zu Belarus zu kämpfen.

Zuletzt hat aber auch der Druck auf Polen zugenommen. „Es sieht danach aus, dass dies eine organisierte Aktion ist, aber wir unternehmen alles, um negative Folgen abzuwenden und unsere Grenze abzudichten“, sagte Vize-Außenminister Pawel Jablonski. Nach Angaben des Innenministeriums von Dienstag versuchten allein im August 1935 Menschen, illegal die Grenze von Belarus nach Polen zu überqueren. Der Grenzschutz habe 1175 Migranten von einem Grenzübertritt abhalten können. Weitere 760 Menschen seien festgehalten und in geschlossenen Unterkünften untergebracht worden.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/12/3270722\\_0:0:3073:1728\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_e3c424faa1be863d36f4e79f60585e8c.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/12/3270722_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_e3c424faa1be863d36f4e79f60585e8c.jpg)

**Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 18.08.2021**  
**In den letzten 24 Stunden wurden vier Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes**

**von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 58. Brigade von den Positionen im Gebiet von Peski und Wodjanoje **Wesjoloje** beschossen und acht 120mm-Mörsergeschosse und 39 Granaten mit Granatwerfern verschiedener Art abgefeuert, außerdem wurden Schusswaffen eingesetzt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 128. Brigade von den Positionen in Nowoluganskoje aus **Bajrak** beschossen und neun Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Leninskoje** beschossen und 20 Granaten mit automatischen Granatwerfern abgefeuert.

**Seit Beginn des heutigen Tages** haben Kämpfer der 93. Brigade in **Richtung Mariupol** sieben Mörsergeschosse des Kalibers 120mm von den Positionen im Gebiet von Starognatowka in Richtung **Belaja Kamenka** abgefeuert.

Außerdem haben in **Richtung Donezk** Strafruppen der 25. Brigade von den Positionen im Gebiet von Kamenka aus **Krutaja Balka** mit automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Die Fälle von Beschuss wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Um weiteren Beschuss zu verhindern sowie angesichts der Gefahr, die durch die Detonationen ukrainischer Geschosse für Leben und Gesundheit der Einwohner entsteht, waren die Einheiten der Volksmiliz geleitet von den Punkten „d“ und „e“ des zusätzlichen Komplexes von Maßnahmen zur Kontrolle des Waffenstillstands gezwungen, das **Feuer zur Unterdrückung der Feueraktivität des Gegners** zu erwidern.

Die Verluste des Gegners werden noch ermittelt.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen fünf Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Krasnogorowka.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

drei gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge in der Nähe von Wohnhäusern in Bogdanowka.

**Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission.** Um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 10. und 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zu verhindern, hat der Gegner Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand von mobilen Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Leninskoje und Mirnoje zu blockieren.

Kämpfer der 10. Brigade führen weiter eine technische Ausrüstung von Positionen fort und nehmen dafür verlassene Häuser auseinander.

Unsere Beobachter haben den **Transport von Baumaterialien auf eine der Positionen** des 109. Bataillons der 10. Brigade im Gebiet von Dsershinsk bemerkt. Unter den Baumaterialien sind: Schiefer, alte Bretter, Ziegel mit einer eingetrockneten Zementmischung, Stücke von Dachpappe und wärmeisolierendem Material, **die klar von Häusern und Wirtschaftsgebäuden der umliegenden Ortschaften demontiert** wurden.

Wir haben Informationen erhalten, dass zu dem Fall, dass der ukrainische Soldat Pustowojt auf einer Position des 1. Bataillons der 25. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Nowoselowka Wtoraja auf eine Mine geriet, worüber wir bereits berichteten, der Kommandeur der Brigade Sentschenko zur Durchführung einer Ermittlung eingetroffen ist. Bei der Ermittlung wurde festgestellt, dass die technischen Pioniereinheiten der 72. mechanisierten Brigade, die diese Positionen zuvor eingenommen hatten, nur eine formale Übergabe von Dokumenten über Minenfelder an ihre Ablösung aus der 25. Brigade vorgenommen haben, wobei ein Teil der Minensperren nicht auf den Karten eingezeichnet war.

Wir schließen nicht aus, dass dies nicht der letzte Fall ist, dass ukrainische Soldaten auf eigene Minen geraten, weil dies traditionell bei der Ankunft neuer Einheiten in der OOS-Zone geschieht.

Wir stellen weiter **Fälle von gleichgültigem Verhalten des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte gegenüber dem unterstellten Personal** fest.

Am 16. August, nachdem wir genaue Informationen über den freiwilligen Übergang eines Soldaten, des Vertragssoldaten Krassosow, auf die Seite der DVR veröffentlicht hatten, hat sich das Kommando der 53. Brigade besonnen und eilige Fahndungsmaßnahmen für diesen Soldaten ausgerufen.

Die Aufklärung der Umstände des Fehlens des Soldaten Krassosow beim Dienst wurde dem Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes Leutnant Tichmirow übertragen, dem es gelang, den letzten Zeitpunkt festzustellen, zu dem der Soldat Krassosow beim Dienst erschienen war – der 5. August 2021.

Dazu, dass die Funktionsträger der 53. Brigade keinen Bericht über das Fehlen des Soldaten Krassosow beim Dienst ohne nachvollziehbare Gründe eingereicht hatten, hat der Leiter der Lugansker Abteilung des militärischen Rechtsordnungsdienstes eine dienstliche Ermittlung angesetzt.

So hat das Kommando der 53. Brigade nach zwei Wochen das Fehlen eines untergebenen Soldaten bemerkt und das nur, weil wir Informationen über ihn veröffentlicht haben.

Diese Sachverhalte demonstrieren besonders deutlich die wahre Lage der Dingen in den Streitkräften der Ukraine.

Heute stellen wir Ihnen einen weiteren Teil der **Dokumente vor, die der ehemalige Soldat der ukrainischen Streitkräfte Krassosow von einem Kameraden erhielt und uns übergab.**

So wurde im Plan für die Verlegung der 1. Mörserbatterie des 42. Panzergrenadierbataillons auf der Strecke Sewerodonezk-Ursuf angegeben, dass der Stationierungsort des Bataillons sich auf dem Gebiet eines Kinderferienlagers befindet, was ein weiteres Mal bestätigt, dass die ukrainischen Streitkräfte soziale Objekte für die Stationierung ihrer Formationen einnehmen.

In einem anderen Dokument ist eine Liste von Offizieren der 92. Brigade der ukrainischen Streitkräfte mit Angabe ihrer Fachgebiete, militärischen Ränge, Nummer und Datum der Befehle zu ihrer Ernennung und Datum des Auslaufens des Vertrags enthalten. Die Brigade befand sich bis zum 21. Juli in der OOS-Zone, aber die Dokumente blieben glücklicherweise auf dem elektronischen Datenträger im Stab der 53. Brigade in Sewerodonezk.

In einem dritten Dokument befindet sich eine Liste von Kameraden von Krassosow, denen der ukrainische Staat versprach Geldprämien zu zahlen, aber wie gewöhnlich seine Versprechungen nicht einhielt.

snanews.de: **Havanna-Syndrom bei zwei US-Beamten in Deutschland festgestellt – Bericht**

Nach einem Bericht des „Wall Street Journal“ haben sich zwei Mitarbeiter der amerikanischen Botschaft in Berlin mit den Anzeichen des sog. Havanna-Syndroms in ärztliche Behandlung

begeben.

Nach Angaben der Zeitung litten die Beamten bereits seit Monaten an Übelkeit, starken Kopf- und Ohrenschmerzen, Müdigkeit, Schlaflosigkeit und Abgeschlagenheit. Die Beschwerden hätten sich auch auf ihre Arbeitsfähigkeit ausgewirkt.

Die Diplomaten hätten angegeben, mehrere ihrer Kollegen an anderen Standorten in der EU hätten bereits ähnliche Symptome aufgewiesen. Es handle sich um Botschaftspersonal und Mitarbeiter von Nachrichtendiensten, die sich mit russland-bezogenen Angelegenheiten befassen. Einzelheiten nannten die Diplomaten laut der Zeitung aber nicht.

Das Havanna-Syndrom wurde bereits in den Jahren zuvor bei Mitarbeitern amerikanischer Botschaften festgestellt: 2016 und 2017 auf Kuba sowie 2018 in China. Die Diplomaten wiesen die gleichen Beschwerden auf, weil sie mutmaßlich Ziele akustischer Attacken geworden waren.

Die USA beschuldigten Russland, die Attacken ausgeführt zu haben. Das Außenministerium in Moskau dementierte. Auch die CIA vermutete Russland hinter den Attacken, konnte aber keine Belege vorweisen.

Weitere Fälle des Havanna-Syndroms bei amerikanischen Diplomaten wurden in Afrika, Tadschikistan und Russland registriert. Zuletzt soll es Mitarbeiter der US-Botschaft in Wien getroffen haben. Die CIA schätzt die Zahl der Diplomaten, die sich über typische Beschwerden beklagt hätten, auf mehrere Hundert. Rund 100 von ihnen sollen Mitarbeiter von Geheimdiensten gewesen sein.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/1c/317520\\_0:100:1921:1180\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_2b78da37664ec97a3e0077fc36f27c.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/1c/317520_0:100:1921:1180_1920x0_80_0_0_2b78da37664ec97a3e0077fc36f27c.jpg)

### snaneews.de: **Auch „Orden der Freiheit“ von Selenski: Details zu Merkels Reisen nach Moskau und Kiew bekannt**

Der Regierungssprecher Steffen Seibert hat Details zu den geplanten Reisen der Bundeskanzlerin Angela Merkel bekanntgegeben.

So geht es für Merkel am Freitag zuerst nach Moskau, wo sie ein „sehr konzentriertes Programm“ erwartet, „sehr konzentriert auf den Austausch mit dem russischen Präsidenten“. Im Rahmen ihres Besuches werde sie sich auch an einer Kranzniederlegung am Grab des unbekanntes Soldaten im Kreml im Alexander-Garten beteiligen. Darauf würden ein Gespräch mit Präsident Waldimir Putin und dann eine gemeinsame Pressebegegnung folgen, sagte Seibert am Mittwoch auf der Bundespressekonferenz. Die Themen der Gespräche hat Seibert nicht genannt, erwartet werden jedoch Afghanistan, Belarus und der Ukraine-Konflikt. Die Ukraine-Reise am Sonntag verspricht dabei etwas inhaltsreicher zu werden. Merkel werde ebenso an einer Kranzniederlegung am Grab des unbekanntes Soldaten teilnehmen, dann auch am Gedenken am Denkmal der sogenannten himmlischen Hundertschaft, das den



Opfern des Maidans 2014 gewidmet ist. Danach soll der ukrainische Präsident Wladimir Selenski der Bundeskanzlerin nach Seiberts Angaben den „Orden der Freiheit“ verleihen.

### **Biden und Gauck bereits ausgezeichnet**

Dieser Orden wird in der Ukraine seit 2008 für besondere Verdienste der Bürger bei der Durchsetzung der Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine, der Konsolidierung der ukrainischen Gesellschaft und der Entwicklung der Demokratie verliehen. Der damalige Generalsekretär der Nato, Anders Rasmussen, hatte den Orden 2014 verliehen bekommen, der damalige Vize-Präsident der USA Joe Biden, der damalige deutsche Bundespräsident Joachim Gauck sowie der damalige französische Präsident François Hollande - im Jahre 2017. Auf die Verleihung werden ein Gespräch mit Selenski folgen, dann eine gemeinsame Pressekonferenz und ein Gespräch mit dem ukrainischen Ministerpräsident Denys Schmyhal. Am Montag wird Merkel dann schon am Festakt zum 75. Bestehen von Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf teilnehmen und eine Festrede halten.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/12/3272451\\_0:133:2440:1506\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_c1ec1c001e096bb12935e428b3d2a299.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/12/3272451_0:133:2440:1506_1920x0_80_0_0_c1ec1c001e096bb12935e428b3d2a299.jpg)

### **Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR**

#### **Oberleutnant I.M. Filiponenko**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden zwei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feuereinstellung festgestellt.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer des 15. Bataillons der 128. Brigade, die Aufgaben im Rahmen der 57. Brigade ausführen, auf Befehl des Brigadekommandeurs Mischantschuk von den Positionen im Gebiet von Pritschepilowka aus **Shelobok** mit Schusswaffen beschossen.

Von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus haben Kämpfer des 1. Bataillons der 24. Brigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Postupalskijs **Solotoje-5** mit Granatwerfern beschossen.

Die Fälle von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und um eine Beschuldigung der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der LVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Im Zusammenhang mit dem Fehlen einer adäquaten Reaktion der ukrainischen Seite auf die Einschaltung des von Punkt „d“ der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung vorgesehenen Koordinationsmechanismus durch uns waren die Einheiten der Volksmiliz geleitet durch den Befehl des obersten Kommandeurs der Volksmiliz der LVR zur

Unterdrückung der Feueraktivität des Gegners, die das Leben örtlicher Einwohner und von Soldaten bedrohte, **gezwungen, das Feuer zu erwidern**. Die Verluste der Kämpfer werden noch ermittelt....

#### snanews.de: **Aufenthaltort von Afghanistans Präsident Ghani bestätigt**

Das Außenministerium in Abu Dhabi hat erklärt, dass sich Aschraf Ghani mit seiner Familie in den Vereinigten Arabischen Emiraten aufhält. Der afghanische Präsident war vor wenigen Tagen aus Kabul geflohen, kurz bevor die Taliban die Hauptstadt erreichten.

Das Außenministerium der Vereinigten Arabischen Emirate könne bestätigen, „dass die VAE den Präsidenten Ashraf Ghani und seine Familie im Land auf humanitärer Basis aufgenommen haben“, heißt es in einer Mitteilung des Ministeriums.

Präsident Ghani war am Sonntag ins Ausland geflohen, kurz bevor die Taliban den Präsidentenpalast in der Hauptstadt Kabul einnahmen. Später gestand Ghani in einer Facebook-Botschaft die Niederlage gegen die Taliban ein. Die afghanische Regierung erklärte sich zur Machtübergabe bereit. In der Nacht auf Montag erklärten die Taliban den Krieg in Afghanistan für beendet. Die neue Regierungsform werde in der nächsten Zeit bestimmt.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/12/3272562\\_0:302:3102:2047\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_33a2cbaa851b5a98f91c7ad132d22229.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/12/3272562_0:302:3102:2047_1920x0_80_0_0_33a2cbaa851b5a98f91c7ad132d22229.jpg)

#### snanews.de: **Stoltenberg beruft außerordentliches Nato-Treffen ein – Wegen Krise in Afghanistan**

Die Außenminister der Nato-Staaten sollen am Freitag zu einer außerordentlichen Online-Konferenz zusammenkommen. Das teilte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Mittwoch auf Twitter mit. Dabei soll die Sicherheitslage in Afghanistan beraten werden. Bei der Konferenz will Stoltenberg den „gemeinsamen Ansatz zu Afghanistan“ diskutieren sowie eine „enge Abstimmung“ fortsetzen.

Innerhalb kürzester Zeit haben die militant-islamistischen Taliban Afghanistan eingenommen, während die Nato- und ihre Partnerländer ihre Truppen abziehen.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/03/3069214\\_0:124:3199:1923\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_bf17c84a6abd806bdf09086bfc1c2aca.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/03/3069214_0:124:3199:1923_1920x0_80_0_0_bf17c84a6abd806bdf09086bfc1c2aca.jpg)

### sputnik.by: **Belarussische Grenzschutzbeamte haben die litauische Grenze nicht verletzt – Grenzdienst**

Litauen meldete eine Provokation an der Grenze: Angeblich „drangen 12 belarussische Offiziere um einen Meter in das Staatsgebiet ein“. Das Staatsgrenzkomitee teilte nun mit, was tatsächlich passiert ist.

Das Staatsgrenzkomitee wies die Vorwürfe Litauens wegen Grenzverletzung durch die belarussischen Grenzschutzbeamten zurück.

Zuvor berichtete das Innenministerium der Baltischen Republik, dass „12 belarussische Offiziere, die zur Unterdrückung von Unruhen ausgerüstet waren, versuchten, eine Gruppe von 35 Migranten in das Hoheitsgebiet Litauens zu zwingen und in der Region Schaltschinskij um einen Meter in das Hoheitsgebiet Litauens eindringen.“

Wie in der Behörde erklärt, verhinderten die belarussischen Grenzschutzbeamten den illegalen Grenzübertritt: Am 17. August gegen 14 Uhr wurden Ausländer auf das Territorium Weißrusslands "ausgewiesen" - etwa 30 Flüchtlinge, vermutlich aus dem Irak.

"Es wurde beschlossen, die Staatsgrenze in dieser Richtung abzusichern, um einen Durchbruch in unser Territorium zu verhindern. Es gab keine Verletzung der Staatsgrenze von unserer Seite", sagte Wassili Sementschuk, ein Offizier des Grenzdienstes.

Nach Angaben des Vertreters des Staatsgrenzkomitees stellten die litauischen Grenzschutzbeamten danach die Anwendung von physischer Gewalt gegen die Flüchtlinge ein und brachten sie auf ihr Territorium.

In der Erklärung der belarussischen Seite wird auch darauf hingewiesen, dass das von Litauen bereitgestellte Video keine objektiven Beweise für einen illegalen Grenzübertritt enthält. Die belarussische Seite hält die Anschuldigungen für unbegründet und einen Versuch der Provokation, "mit dem Ziel, künstlich Informationsresonanz zu erzeugen".



[https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e5/05/1b/1047730506\\_0:0:3073:1728\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_1\\_c8b0608919df95ca0f2d4072f8837e8.jpg](https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e5/05/1b/1047730506_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_1_c8b0608919df95ca0f2d4072f8837e8.jpg)

**abends:**

de.rt.com: **Russischer Botschafter in Kabul: Situation in der Stadt ist ruhig – Schulen in Betrieb**

Nach der Eroberung Kabuls durch die Taliban ist es in der Stadt sehr ruhig. Das berichtete der russische Botschafter in Afghanistan, der sich vor Ort befindet. Die Stadt kehre zum geregelten Leben zurück.

RT sprach mit dem Botschafter Russlands in Afghanistan Dmitri Schirnow über die Lage in der afghanischen Hauptstadt. Seinen Angaben nach sei es friedlich. Die Taliban würden Plünderungen und Verbrechen unterbinden sowie Terroristen davon abhalten, in die Stadt zu gelangen. Er stellte fest:

"Zwei Tage in Folge ist die Lage ruhig. Es gelingt ihnen, die Situation zu stabilisieren. Man hört seit zwei Tagen keine Schüsse. Soweit ich weiß, sind die Schulen in Betrieb. Die Menschen kehren zur Arbeit zurück. Daher sind das gute Signale."

Der Diplomat wies darauf hin, dass die Botschaft aus Gründen der Vorsicht das Verlassen des Geländes der diplomatischen Mission eingeschränkt hat. Ein Taliban-Funktionär soll dem russischen Beamten in einem offiziellen Gespräch Garantien für die Sicherheit der Botschaft zugesichert haben. Schirnow fügte hinzu:

"Ich habe mit ihm alle genauen Aspekte dieser Sicherheit besprochen. Für alle unsere Anfragen haben wir Zusagen erhalten. Es gab keine abschlägige Antworten. Der Sicherheitsstatus der Botschaft hat sich in keiner Weise verschlechtert, wenn man ihn mit dem unter der vorigen Regierung vergleicht."

Nach Angaben des russischen Gesandten sind die Taliban gerade dabei, Funktionäre des politischen Flügels ihrer Organisation nach Kabul zu bringen. Wie sich die Zusammenarbeit weiterentwickeln wird, werde sich in naher Zukunft zeigen.

Was die Kommunikation mit den diplomatischen Vertretungen anderer Staaten angeht, so habe man durchgehend Kontakt, so Schirnow. Er hob hervor:

"Heute werde ich ein Telefonat mit der US-Botschaft haben. Der chinesische Botschafter ruft mich täglich an. Es ist alles in Ordnung. Falls die Notwendigkeit besteht, haben wir direkten Kontakt zu den Botschaften, die nicht evakuiert wurden."

Auf die Frage, ob die Taliban strenge Einschränkungmaßnahmen verhängt hätten, betonte der russische Botschafter, dass dies nicht der Fall sei. Er erklärte:

"Mädchenschulen sind weiter in Betrieb. Es gibt keine Einschränkungmaßnahmen. Heute wurde mir mitgeteilt, dass sogar Fußball in der Stadt erlaubt ist."

"Die Taliban bekämpfen Plünderer und Verbrecher. Sie verhindern, dass Terroristengruppen in

die Stadt gelangen. Das ist es, was sie tun. Sie bekämpfen die Bevölkerung nicht, bereiten ihr keine Probleme und zwingen ihr keine neuen Regeln auf."

"Ich möchte betonen, dass ich hier keine verallgemeinernden Schlüsse ziehe. So sieht die Situation zum jetzigen Zeitpunkt aus."

Bezüglich der Beamten der vorigen afghanischen Regierung wies Schirnow darauf hin, dass die Taliban eine Amnestie für die Beamten verhängten. Sie sollen garantiert haben, dass keine Säuberungen und Hexenjagden geben wird. Einige afghanische Beamte sollen sogar schon ihre Arbeit in ihren Ministerien wiederaufgenommen haben.

Im Juli 2021 teilte das russische Außenministerium mit, dass Moskau bereits sieben Jahre zuvor damit begonnen hat, Kontakte zu den Taliban zu knüpfen, um seine "Bedenken" hinsichtlich der Sicherheit in der Region zu äußern. Russland ist neben den USA, Indien, Pakistan, China und anderen Staaten am Friedensprozess beteiligt, der darauf abzielt, den Krieg in Afghanistan zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung, den amerikanischen Streitkräften und ihren Verbündeten zu beenden.